

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : der Kampf im Fernen Osten ; Hollands Krieg gegen Indonesien ; Im Näheren Osten ; Westalliierte Deutschlandpolitik ; Der grössere Plan ; Friede durch Gerechtigkeit ; Was für ein Europa?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

fen, die Leute, die für Freiheit, menschliche Würde und Gleichberechtigung kämpfen, in einem neuen Licht zu sehen. Vielleicht verstehen wir dann, daß ohne Ausgleich und Normalisierung der Lebenshaltung in allen Teilen der Welt der Frieden nicht gesichert werden kann.

Als Entgegnung auf die Schilderung des schweren Loses der Plantagenbesitzer von Walter Boßhard («NZZ», 1. Januar 1949) dürfen wir darauf hinweisen, daß auch die indonesischen Kulis Menschen nötig hätten, die uns ihr schweres Los vor Augen führen. Ist es nicht seltsam, daß sie in «einem der reichsten Gebiete Asiens» und in ihrer Heimat in solcher Armut leben müssen, daß ihre durchschnittliche Lebensdauer nur 27 Jahre beträgt, während sich die durchschnittliche Lebensdauer der Schweizer z. B. zwischen 60 und 70 Jahren bewegt?

Millicent Furrer-Proud.

Weltrundschau

Der Kampf im Fernen Osten Auch im neuen Jahr steht zunächst *Asien*, der aus tausendjährigem Schlaf erwachende Riesenerdteil, im Vordergrund des Weltgeschehens. In *China* geht der Vormarsch der kommunistischen Armeen zwar nicht mehr im gleichen stürmischen Tempo weiter wie im Spätherbst; aber nach der nun fast abgeschlossenen Eroberung der Nordprovinzen – mit Peking, Tientsin, Taiyuan und Kalgan als Hauptstädten – ist auch die letzte Verteidigungsstellung der Regierungstruppen vor Nanking und Schanghai, die Jangtselinie, schwer bedroht, während sich gleichzeitig hinter der «nationalen» Front das Chaos ausbreitet und die Reichen in Scharen nach Süden flüchten. Inzwischen hat sich unter dem Vorsitz von Dr. Sun Fo, einem Sohne Sun Yat-Sens, eine neue Kuomintang-Regierung gebildet, doch ist zur Stunde noch nicht recht klar, ob darin wirklich die zu einer Verständigung mit den Kommunisten bereiten Kräfte die Oberhand gewonnen haben oder noch die «wildenen Männer» vorherrschen, die den Kampf gegen die Roten bis aufs Messer fortsetzen zu wollen behaupten, dabei offenbar – wie ein englischer Geschäftsmann in Schanghai dem «New Statesman» schreibt – auf einen dritten Weltkrieg spekulierend, der sie und ihre Klasse in ähnlicher Weise vor den Kommunisten retten soll, wie das Übergreifen des zweiten Weltkrieges auf den Fernen Osten sie seinerzeit vor den Japanern gerettet hat. Doch sind die Vereinigten Staaten, wie auch der Fehlschlag der Mission Madame Chiang Kai-Sheks in Washington klar macht, weniger als je geneigt, mit Heeresmacht dem wankenden Kuomintangregime zu Hilfe zu kommen und dadurch einen Zusammenprall mit der Sowjetunion zu riskieren. Ihr Plan ist vielmehr, den Ausbau Japans zum großen fernöstlichen Bollwerk gegen den Kommunismus und zum Rie-

senflugzeugträger für den allfälligen Krieg gegen die Sowjetunion zu beschleunigen – General MacArthur, der amerikanische Militärdiktator in Japan, soll bereits dringend massiven Truppennachschub aus den Vereinigten Staaten angefordert haben –, wobei der Entwicklung der japanischen Wirtschaftskräfte im amerikanisch-kapitalistischen Sinn eine besonders wichtige Rolle zugeordnet ist. Das Programm, das MacArthur kürzlich der japanischen Regierung zugestellt hat und in dem u. a. die Unterdrückung aller politischen Konflikte und «ideologischen Streitigkeiten» – vor allem natürlich solcher mit sozialistischem und klassenkämpferischem Hintergrund – angekündigt und eine Verschärfung der Rationierung sowie ein «zeitweiliger Verzicht auf einige Vorrechte und Freiheiten einer freien Gesellschaft» befohlen wird, dieses Wirtschafts- und Sozialprogramm gliedert sich in der Tat ebenso natürlich in das allgemein weltpolitische Programm Amerikas für Ostasien und den Pazifikraum ein, wie die amerikanischen Wirtschaftsoperationen in Europa nur ein Stück der weltpolitischen Pläne der Vereinigten Staaten für die westliche Halbkugel bilden.

Ob sich die Japaner selbst auf die Länge in diesen Rahmen einspannen lassen, ist eine Frage für sich, so wie auch abzuwarten bleibt, wie man in Australien die neue Fernostpolitik Amerikas aufnimmt, die Japan – ähnlich wie Deutschland – trotz der Hängung einiger großer Kriegsverbrecher nicht mehr als besiegten, aber immer noch gefährlichen Feind, sondern als wertvollen Bundesgenossen oder doch als brauchbares Werkzeug gegen den neu-alten Hauptgegner betrachtet. Auf jeden Fall ist Japan vorerst zur eigentlichen Kolonie der Vereinigten Staaten geworden, die darüber eine viel unumschränkere Herrschaft ausüben als die Sowjetunion über irgendeinen ihrer osteuropäischen Satellitenstaaten. Was aber den mit allen Mitteln militärischer und wirtschaftlicher Machtpolitik geführten Kampf gegen den ostasiatischen Kommunismus anlangt, so konnte man darüber unlängst sogar in «Sie und Er», der mondanen Zürcher Wochenschrift (Nr. 48, 1948), einen Aufsatz von Margit Gantenbein lesen, der zu dem resignierten Schluß kommt, daß «die Kommunisten das vorläufig einzige zur Verfügung stehende Werkzeug sind, kraft dessen der Wille der Massen, mit dem Alten zu brechen und eine neue Ära einzuführen, sich durchsetzen kann». Die chinesischen Kommunisten, so stellt die schweizerische Journalistin aus eigener Anschauung fest,

«haben in ihren Gebieten neue, menschliche Rekrutierungsmethoden eingeführt: sie kleiden und nähren ihre Soldaten so gut sie können, sie sprechen mit ihnen, erklären, befragen sie, lassen sich fragen, antworten. Und sie sprechen auch mit den Familien, die ihre Männer hergeben müssen. Sie geben ihnen eine ‚Ideologie‘ und spannen auf diese Weise ihren guten Willen in die Bewegung ein. Durch das kostenlose Mittel des Verleihs menschlicher Würde werden auch unter den Zivilisten Soldaten für die rote Sache gewonnen, die für die Rote Armee ackern, ernten, sparen, weben, werben, die Durchwandernden ernähren und Meldedienst für sie tun. So fühlen sich die Zivilisten bis ins letzte zugehörig zu den Soldaten und handeln bis ins letzte entsprechend.

Eine durch die ganze Geschichte der Menschheit hindurch wohlbekannte Erfahrung wird wieder bestätigt: es gibt Dinge, die mächtiger sind als physische Macht. Deshalb erleben wir Sieg über Sieg der schlecht ausgerüsteten Roten Armee über die kriegstechnisch immerhin viel besser bestellte, von außen unterstützte Nationale Armee.»

Hollands Krieg gegen Indonesien

Daß es Dinge gibt, die stärker sind als physische Macht, diese elementare sittliche Wahrheit werden ganz gewiß auch die *Holländer* lernen müssen, von denen man allerdings hätte erwarten können, ihre schweren Erfahrungen mit der deutschen Gewaltherrschaft – um von den älteren Freiheitskämpfen der Niederlande zu schweigen – hätten sie endgültig von allem Machtglauben geheilt. Aber man erlebt an Hollands Kolonialkrieg gegen die *Indonesische Republik* eben aufs neue und in besonders schmerzlicher Art, wie merkwürdig stumpf ein sonst freiheitsgewohntes und rechtliebendes Volk werden kann, wenn es sich um die Achtung *fremden* Rechts und *fremder* Freiheit handelt und große materielle Interessen im Spiele liegen. Ferne sei von uns alle schweizerische Selbstgerechtigkeit gegenüber dem befreundeten und uns so vielfach verwandten holländischen Volk; wir haben im Gegenteil den nicht nur durch die Haltung unserer rechtsbürgerlichen Presse gegenüber Indonesien gestützten Verdacht, daß unsere Regierung und unsere herrschende Klasse im gleichen Fall nicht viel anders gehandelt hätten als die kapitalistisch-militaristischen Kräfte, die Holland in dieses neue Kolonialabenteuer gestoßen haben. Aber die Wahrheit zwingt uns eben dennoch, zu sagen, daß der Überfall auf die *Indonesische Republik*, den Holland ausgerechnet in den Tagen vor Weihnachten verübt hat, ein schweres Unrecht und die Äußerung eines Besitz- und Gewaltgeistes ist, den wir rundweg ablehnen. Er ist zugleich auch, wie es nicht anders sein kann, von einem schändlichen Lügengewebe umhüllt, das ihn noch unsympathischer macht, als dies ohnehin der Fall ist. Denn die Begründung, welche die holländische Regierung ihrem Gewaltstreich gegeben hat, daß es sich nämlich nur um eine innere Polizeiaktion gegen den nationalistisch verkleideten indonesischen Kommunismus handle, zu der sie lediglich durch den bösen Willen der Republik und zur Verhinderung eines geplagten indonesischen Angriffs (!) in höchster Not gezwungen worden sei – diese ganze Begründung ist so empörend unwahr, daß sie von einer offenen Verhöhnung der Urteilskraft der Welt nicht weit entfernt ist.

In Wirklichkeit handelt es sich ja, wie jeder auch nur halbwegs Unterrichtete weiß, um einen von langer Hand vorbereiteten und kühl berechneten Gewaltschlag, der, unter Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen und im Widerspruch zu Geist und Buchstaben der Satzung der Vereinten Nationen, der *Indonesischen Republik* endgültig den Todesstoß versetzen soll. Endgültig, sagen wir; denn der erste Schlag gegen die Republik, die sich nach dem Zusammenbruch der japanischen Herr-

schaft mit den reichen Inseln Sumatra, Java und Madura als Kern zu bilden begonnen hatte, erfolgte ja schon im Juli 1947, und es war nur den Vereinten Nationen, die damals Holland in den Arm fielen, zu danken, daß er nicht gleich ganz zum Ziel führte, die Republik vielmehr einen Rest ihres Gebietes zu retten vermochte. Auf die Zerstörung dieses unabhängigen Restes, der so wenig «kommunistisch verseucht» war, daß die sozialistische Regierung der Indonesischen Republik im September 1948 einen kommunistischen Aufstand fast mühelos zu unterdrücken vermochte, von dem aber doch auf das übrige, holländisch beherrschte Indonesien eine gefährliche Anziehungskraft ausgehen konnte, darauf haben es nun die Holländer mit ihrer zweiten «Polizeiaktion» abgesehen. Und zwar gingen die Kolonialimperialisten, durch die Erfahrungen des Jahres 1947 gewitzigt und durch die ihnen günstigen Kammerwahlen vom Sommer 1948 ermutigt, augenscheinlich darauf aus, diesmal durch eine Blitzaktion, mit Luftlandetruppen und Überraschungstößen, die Welt vor eine fertige Tatsache zu stellen, damit die Vereinten Nationen nicht etwa wieder Zeit zum Eingreifen fänden. In weiser Voraussicht hatten sie schon Anfang 1948 gegen die Indonesische Republik eine drückende Wirtschaftsblockade eingeleitet, hatten nach und nach eine starke Truppenmacht nach Indonesien geschafft und glaubten auch das diplomatische Terrain gut vorbereitet, so daß sie den Angriff mit noch weit größerer Erfolgsaussicht führen konnten als Hitler 1940 seinen Angriff auf Holland.

Natürlich waren es nicht die behaupteten Verstöße der Republik gegen das Waffenstillstandsabkommen vom Januar 1948, die Holland zum gewaltsamen Durchhauen des angeblich unlösbaren «gordischen Knotens» veranlaßten; es war vielmehr die grundsätzliche Frage der Souveränität, über die es – durch die Schuld Hollands – zum Bruch kam. Holland weigerte sich starr, hier wirkliche Zugeständnisse zu machen; sein Ziel war und ist die Schaffung eines höchstens scheinsoveränen indonesischen Staatenbundes, der tatsächlich fest in der Hand Hollands wäre. Die Republik anderseits war bereit, bis zur Begründung der Vereinigten Staaten von Indonesien eine gewisse holländische Oberhoheit anzuerkennen, wollte aber, gestützt auf ihre tatsächliche Autorität in den ihr angeschlossenen Gebieten, ihr Selbstbestimmungsrecht in bezug auf Außenpolitik, Armee, Wirtschaft und andere Zubehöre nationaler Unabhängigkeit nicht an Holland abtreten.

Sache der Vereinten Nationen wäre es nun freilich gewesen, eine friedliche Lösung des Konfliktes anzubahnen und zum mindesten ihren festen Willen zu einer solchen Regelung zu bekunden. Aber es zeigte sich erneut, daß die UNO tatsächlich *keinen* Willen hat. Ihre Handlungsfähigkeit wurde auch hier durch den Widerstreit der Interessen ihrer Mitglieder, die zum Teil eben selber Kolonialmächte sind, gelähmt, zumal die Westmächte Holland als Mitglied des künftigen Atlantikbundes nicht vor den Kopf stoßen wollen. So reichte es nur zu dem

schwächlichen Beschluß, Holland die Einstellung der Feindseligkeiten nahezulegen, unter ausdrücklicher Ablehnung eines Antrags, den Rückzug der holländischen Truppen auf ihre Ausgangsstellungen zu verlangen. Ohne diese Folgerung bedeutet aber der Beschluß des Sicherheitsrates in Wahrheit nichts anderes als die Anerkennung der militärischen Eroberungen, die Holland bis zur Einstellung der Feindseligkeiten gemacht haben würde. Nicht einmal zu einer Sperrung der Marshallplanlieferungen an das holländische Mutterland, die diesem seinen Kriegszug doch erst ermöglicht hatten, konnten sich die Vereinigten Staaten entschließen, wenn sie auch – was praktisch nicht ins Gewicht fällt – die Lieferungen nach Indonesien unterbrachen. Die Holländer, die schon vor dem Sicherheitsrat sehr hochfahrend aufgetreten waren und seine Zuständigkeit abgelehnt hatten – nach einem Jahr UNO-Vermittlung im indonesischen Konflikt! –, durften es sich unter diesen Umständen gefahrlos erlauben, die Feindseligkeiten erst ein paar Wochen nach dem Beschluß des Sicherheitsrates als offiziell eingestellt zu erklären – und der Sicherheitsrat läßt sich auch das gefallen, den Vereinten Nationen damit einen vielleicht tödlichen Schlag versetzend. Wie die holländische Regierung dabei spekulierte, geht aus einem Bericht des Haager Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» hervor, der mit unverhülltem Zynismus schreibt:

«Es liegt auf der Hand, daß die Zeit für Holland arbeitet... Die operative Phase des Feldzuges ist praktisch bereits abgeschlossen. In gewisser Hinsicht könnten es sich die Niederländer auf Grund der gegenwärtigen militärischen Lage demnach gestatten, den weiteren Vormarsch einzustellen. Sollten sich nachträglich, wie zu erwarten steht, Zwischenfälle ereignen, so könnten die Gegenmaßnahmen als Säuberungen polizeilichen Charakters ausgelegt werden. Es versteht sich, daß sich bei einem solchen Vorgehen der Unterschied zwischen unerlaubten militärischen und statthaften polizeilichen Aktionen verwischen würde.»

Ein unwürdiges, schändliches Spiel, das hier getrieben wird! Aber die Holländer sagen eben wie einst Bundesrat Louis Forrer: «Wir haben die Macht, und wir wissen sie zu gebrauchen.» Sie werden denn auch die Republik Indonesien ohne weiteres auf die Knie zwingen können, haben sie schon auf die Knie gezwungen – nur werden sie sich nicht einbilden dürfen, daß der Kampf damit zu Ende sei. Er wird vielmehr in der Form eines regellosen, erbitterten Kleinkriegs weitergehen; die holländisch-indonesischen Beziehungen werden vollends heillos vergiftet werden; die Empörung gegen den weißen Imperialismus wird in den Ländern der farbigen Rassen, eingeschlossen Indien und die arabische Welt, zunehmen und dem Kommunismus in Asien neuen Auftrieb geben; die Weltmeinung wird sich aber auch im Westen immer mehr gegen Holland kehren, und am Schluß wird eben doch eine unabhängige Indonesische Republik dastehen, nur daß dann wahrscheinlich die holländischen Interessen weniger gut gewahrt sein werden, als dies jetzt, bei einer friedlichen Auseinandersetzung der beiden Parteien – wie etwa

im Verhältnis Großbritanniens zu Indien, Ceylon und Burma –, möglich gewesen wäre.

Und noch eine weitere bedenkliche Folge des holländischen Vorgehens ist vorauszusehen: ein abermaliger schwerer Prestigeverlust des westlichen Sozialismus. Denn daß der holländische Kolonialkrieg von einer sozialdemokratisch geleiteten und zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestehenden Regierung gegen ein ebenfalls sozialistisch regiertes Land ins Werk gesetzt wurde, unter Zustimmung der übergroßen Mehrheit der holländischen Sozialdemokratie (sie heißt sich bekanntlich Partei der Arbeit) – das ist eine eigentliche moralische Katastrophe, die derjenigen der deutschen Sozialdemokratie vom 4. August 1914 grundsätzlich gleichkommt, stellt sie doch die Preisgabe aller sozialistischen Ideale zugunsten der Solidarität mit dem «nationalen» Interesse an der fortgesetzten Ausbeutung eines zur Selbstregierung angeblich noch nicht reifen Kolonialvolkes dar. Ein Trost, daß wenigstens einige «linke» Gruppen innerhalb des holländischen Sozialismus, daß insbesondere auch unsere religiös-sozialen Freunde und ihr Organ «Tijd en Taak» von dem ganz und gar noch nicht «toten» Kolonialismus der herrschenden Klasse ihres Landes scharf abrücken und damit – soweit das möglich war – doch noch die Ehre des holländischen Sozialismus gerettet haben¹. Kann aber der demokratische Sozialismus Europas, der schon durch die Haltung der ihn bekennenden französischen, belgischen, deutschen, österreichischen usw. Parteien heillos bloßgestellt ist, auch diese neue Schwächung seiner moralischen Stellung noch vertragen, ohne mehr und mehr sich selbst und seinen Auftrag zu verlieren?

Im Näheren Osten Wie in der indonesischen, so hat auch in der palästinensischen Frage der Sicherheitsrat am Schluß seiner letzten Tagung wieder eine schwächliche Haltung eingenommen, indem er unter Führung Großbritanniens den amerikanisch-russischen Antrag auf sofortige Aufnahme Israels in die Organisation der Vereinten Nationen knapp ablehnte. (Kanada, das auch unter den Ablehnenden war, hat seither den israelitischen Staat wenigstens de facto, als Tatsache, anerkannt.) Inzwischen sind die Kämpfe zwischen Israel und Ägypten im Negev wieder aufgeflackert; andererseits bereitet sich aber eine Verständigung der israelitischen Regierung mit König Abdullah von Transjordanien vor, der bei seinen ehrgeizigen Ausdehnungsplänen gegen Syrien hin kein feindseliges Israel in seiner Flanke brauchen kann. Eine gewisse Beruhigung und Festigung der Lage in Palä-

¹) Erst nachträglich kommt mir auch eine Erklärung von «Kerk en Vrede», der unserem Kirchlichen Friedensbund entsprechenden holländischen Vereinigung christlicher Antimilitaristen, zu Gesicht, die, wie nicht anders zu erwarten, den Versuch zu einer Gewaltlösung der indonesischen Frage grundsätzlich ablehnt, bei allem Verständnis für die «Zwangslage» (?) der holländischen Regierung, das sie bekundet. (9. Jan.)

stina scheint sich so mehr und mehr doch zu vollziehen, wenn auch außerhalb der Vereinten Nationen, durch die direkte Aktion der Hauptbeteiligten.

Wieweit die Ermordung des ägyptischen Ministerpräsidenten Nokrashi Pascha mit dem Mißerfolg seiner Politik gegenüber Palästina zusammenhängt, ist von hier aus schwer zu sagen. Auf jeden Fall ist sie aber ein Ausdruck der gänzlich ungefestigten politisch-sozialen Struktur Ägyptens und des Nahen Orients überhaupt, wo dem jammervollen Elend eines schandbar ausgebeuteten Stadt- und Landproletariats – von den 17 Millionen Ägyptern zum Beispiel sind über 13 Millionen besitzlose Fellachen – das Luxus- und Müßiggängerleben einer diktatorisch regierenden Oberklasse gegenübersteht. Daß aus diesem vulkanischen Boden heraus noch schwere gesellschaftliche Erschütterungen kommen werden, ist gewiß, es sei denn, daß rechtzeitig und in großem Stil eine Ordnung wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Menschlichkeit geschaffen wird, wie sie jetzt in Israel so verheißungsvoll aufgebaut wird.

Rücken wir vom asiatisch-afrikanischen Orient her weiter nach dem Südosten Europas vor, so stoßen wir zunächst auf den Unruhenherd Griechenland, der trotz allen Bemühungen von innen und außen her noch bei weitem nicht gelöscht ist. Und zwar zeigen sich die Partisanen nicht nur in Nord- und Westgriechenland sehr lebendig, sondern auch im Peloponnes, wo sie keinerlei Unterstützung vom Ausland her bekommen können und die Opposition gegen das Regime doch so stark ist, daß allein am Jahresende 3000 Personen wegen Unterstützung der Partisanen verhaftet werden «mußten». Die Wahrheit ist eben, daß es sich in Griechenland wesentlich nicht um einen von Moskau und den Volksrepubliken aus erregten und künstlich genährten kommunistischen Aufstand gegen eine rechtmäßige demokratische Regierung handelt, sondern um eine aus dem griechischen Volke selbst herausgewachsene, wenn auch vom befreundeten Ausland unterstützte Widerstandsbewegung gegen ein verfaultes, faschismusähnliches Klassenregiment, und daß auf Grund freier Wahlen eine wirklich repräsentative Volksregierung gebildet werden muß, soll Griechenland nicht ein zweites China werden.

Von den neuen Volksrepubliken des kommunistischen Typus hat gegenwärtig besonders Jugoslawien hart zu kämpfen, erweist sich doch der Wirtschaftsboykott der Kominformstaaten gegen das tapfere Land, das sich militärisch-außenpolitisch nicht einfach mit der Sowjetunion gleichschalten lassen will – denn das ist offenbar der Kern des Konflikts –, als nur zu wirksam. Innenpolitisch steht das Regime Tito gleichwohl noch sehr fest da; wird aber die zunehmend stärkere Verflechtung Jugoslawiens in den Handelsverkehr mit dem Westen nicht allmählich auch gewisse Rückwirkungen nach innen haben? – In Ungarn hat mit der Gefangensetzung des Kardinals Mindszenty der Konflikt zwischen Staat und Kirche eine neue, scharfe Wendung genommen. Was an der Anklage gegen den römischen Kirchenfürsten wahr sein mag, wissen wir

nicht, so sehr wir den Behauptungen von einer verschwörerischen Zusammenarbeit Mindszentys mit dem feindlichen Ausland mißtrauen. Hingegen kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß die Führung der katholischen Kirche auch in Ungarn die feudal-kapitalistischen Restaurationsbestrebungen mit ihrem ganzen großen Einfluß unterstützt. Das im Falle Mindszenty zu verschleiern und einfach von kommunistischer Tyrannei und Religionsverfolgung zu reden, ist reine Demagogie.

Westalliierte Deutschlandpolitik

Wir sind so auf unserer Weltreise von selbst an den Pforten Mitteleuropas angelangt und wollen nun vollends auch den Sprung nach Deutschland hinein machen. Die Lage war hier während der letzten Wochen namentlich auch durch eine verschärfte Reaktion der Westmächte auf die Gefahren gekennzeichnet, die Europa von einer Wiederherstellung des alten, kapitalistisch-nationalistischen Deutschland drohen. Die Erörterungen über eine mögliche *Remilitarisierung Westdeutschlands*, die im deutschen Volk eine Zeitlang phantastische Hoffnungen erweckt hatten¹, sind zuerst durch eine Erklärung des britischen Militärgouverneurs Robertson und dann durch sämtliche sechs Westblockstaaten mit ihrem Londoner Beschluß über die Ruhrfrage ziemlich schroff abgeschnitten worden, wobei die unter Vorantritt der Sozialdemokratischen Partei betriebene nationalistische Agitation gegen die Zerstörung großer Anlagen für den Seekrieg in Wilhelmshaven und Eckernförde wahrscheinlich nicht wenig zu dem alliierten Entschluß beigetragen hat, voreilige deutsche Erwartungen zu dämpfen. Andererseits hat nun die Einigung der Westalliierten über das *Ruhrstatut* doch einigermaßen die Befürchtungen beschwichtigt, die Frankreich von seinem nationalen Sicherheitsstandpunkt aus gegenüber der amerikanisch-britischen Industriepolitik für Westdeutschland hegte. Nach dem Wortlaut des Londoner Beschlusses sollte die Schaffung eines Ruhrdirektoriums, das die Produktion und Verteilung von Kohle, Eisen und Stahl zu überwachen hat, in Verbindung mit der Aufrechterhaltung des alliierten Sicherheitsamtes tatsächlich dazu beitragen, daß das Wirtschaftspotential der Ruhr nicht wieder für einen Kampf gegen die Westmächte eingesetzt wird. Dies unter der Voraussetzung freilich, daß der schon jetzt maßlos heftige Widerstand der Deutschen aller Richtungen, bis hin zu den Kommunisten, gegen die «wirtschaftliche Versklavung» des deutschen Volkes durch das Ruhrstatut nicht mit der Zeit das Londoner Abkommen ebenso aushöhlt, wie die nationalistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag schon nach dem ersten Weltkrieg alle Sicherungsmaßnahmen gegen einen neuen Ausbruch des deutschen Militarismus ausgehöhlt und zunichte gemacht hat.

¹ Es sei hier präzisiert, daß Dr. Eugen Kogon, ein Herausgeber der «Frankfurter Hefte», der die ganze Diskussion entfesselt hat, dies im Sinn einer Warnung vor einem neuen deutschen Militarismus getan hatte.

Und eine solche Entwicklung ist eben auch jetzt wieder durchaus möglich. Das Ruhrstatut wird ja in Washington, im Gegensatz zu der Pariser Auffassung, «in allererster Linie als ein Mittel zur Abstimmung der Ruhrproduktion auf die Planungsarbeit der Organisation für europäische Wirtschaftszusammenarbeit in Paris beurteilt, das heißt als ein Instrument zur Durchführung des Marshallplanes». Der Marshallplan ist aber seinerseits vor allem ein Instrument zum Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus, mit Hauptfront gegen den Ostblock, und findet seine sachgemäße Ergänzung – es wird gleich noch davon zu reden sein – in einer entsprechenden Militärallianz und Westbundpolitik, aus der Westdeutschland auf die Länge nicht ausgeschlossen werden kann. Olivier Reverdin schreibt in dieser Hinsicht im «Journal de Genève» von einer Studienfahrt durch Westdeutschland kaum zu unrecht: «Es kann keinen Europabund ohne Deutschland geben, und wenn es zu einem Europabund kommt, so wird Deutschland darin früher oder später der mächtigste Staat sein. Das liegt völlig klar auf der Hand.» Gegen die tödliche Gefahr, die daraus Europa aufs neue droht, gibt es – neben der geistigen Umerziehung des deutschen Volkes, die aber damit zusammenhängt – nur ein wirksames Mittel: die feste Eingliederung Deutschlands in ein freiheitlich-sozialistisch geordnetes Gesamteuropa. Wie der englische Historiker A. J. P. Taylor im «New Statesman» sehr richtig sagt:

«Damit Deutschland friedfertig werde, müßte es auf neuer Grundlage wirtschaftlich umgestaltet werden; und das wäre einzig im Rahmen einer europäischen Planwirtschaft möglich, die allerdings etwas anderes ist als die wilden Spekulationen, die im Schatten Marshalls so als Pläne maskiert auftreten... Man beabsichtigt jetzt, Deutschland wieder auf die Höhe von 1936 zu bringen; das Ergebnis wird die Höhe von 1939 sein. Wenn sich die unausweichlichen Folgen einstellen, wird es ein schlechter Trost sein, daß daran nicht britische Böswilligkeit schuld ist, sondern die Unfähigkeit einer sozialistischen Regierung, ihre sozialistischen Grundsätze auch in der internationalen Politik anzuwenden. Unser Sozialismus hört am Kanal auf. Der Krieg nicht; und wenn die Ruhr wieder aufgebaut wird, wird der zweite deutsche Krieg umsonst geführt worden sein.»

Der größere Plan Die Deutschlandpolitik der Westmächte kann freilich – das muß immer wiederholt werden – nur als Teil eines größeren Planes verstanden werden, der namentlich von Washington aus mit zunehmender Bewußtheit und Geradlinigkeit verfolgt wird. Die Absicht ist zunächst, die europäische Wirtschaft mit der zugehörigen Staats- und Gesellschaftsmaschinerie gemäß den amerikanischen Lebensidealen wieder in Gang zu setzen, insbesondere nach dem Grundsatz des «freien Unternehmertums», der ja immer mehr auch zur Rechtfertigung höchst unfreier, monopolistisch gebundener Wirtschaftsformen dient. Dazu tritt nun aber, in folgerichtiger Weiterführung des ursprünglichen Gedankens, immer offenkundiger die Entschlossenheit, die wirtschaftlichen Ziele und gesellschaftlich-politischen Ideale des Westens mit den Mitteln *militärischer Gewalt* durchzusetzen. In den

ungeheuren amerikanischen Kriegsrüstungen, in der Truman-Doktrin und in einem ausgesprochen scharfmacherischen Auftreten gegenüber der Sowjetunion und dem Kommunismus fand dieser Wille schon in den letzten zwei, drei Jahren unmißverständlichen Ausdruck. Und nun spitzt er sich neuerdings, wie eine Reihe von Anzeichen erkennen lassen, auf eine ganz bestimmte politische Strategie zu, die schwerste Gefahren in sich birgt: auf die Schaffung einer Reihe als entscheidend erachteter fertiger Tatsachen im kalten Krieg gegen Rußland, bis zu deren Vollendung jede Abmachung mit dem Ostblock vermieden werden müsse. «Die Idee ist», so schreibt *Devere Allen*, also ein dem bisherigen amerikanischen Regierungskurs durchaus freundlich gesinnter Beobachter, in der «*Worldover Press*», «die folgende: Was für Friedensvorschläge auch in Paris gemacht, was für Zugeständnisse von den Russen angeboten werden (wenn sie überhaupt angeboten werden) – nehmt sie nicht an vor dem nächsten Frühjahr. Laßt euch nicht in Auseinandersetzungen hineinmanövrieren, aus denen eine Lösung der Berliner Frage heraussehen könnte. Wartet, bis die Wiederaufrüstung Westeuropas wirkliche Kraft gewonnen hat; wartet, bis unsere überseeischen Luftstützpunkte alle voll kriegsbereit sind; wartet, bis sich Europa mit der Abzweigung von Marshallplangeldern für Militärausgaben abgefunden hat. Und dann stellt die Russen vor ein tatsächliches Ultimatum.»

Devere Allen meint, die Spitzen der amerikanischen Wehrmacht seien für diesen «Aasgeierplan» noch nicht gewonnen. Aber, so wiederholt er, «der Plan selbst besteht, wird ausgiebig gefördert und wird Herrn Truman taktvoll nahegebracht». Wenn er wirklich noch nicht offiziellen Charakter haben sollte, so beeinflusst er indessen tatsächlich doch die ganze Richtung der amerikanischen Welt- und Europapolitik aufs nachhaltigste. Der genannte amerikanische Journalist beklagt es selber, wie stark der Einfluß militärischen Denkens auf die amerikanische Außenpolitik geworden sei, und wie sehr Präsident Truman «unter der Vormundschaft der militärischen Pläneschmiede» stehe:

«In keinem anderen Lande dürfen Militärtechniker massenhaft in der Presse aufreizende, kriegstreiberische, schauderregende Vorschläge für die Dezimierung fremder Städte und Völker machen oder Pläne für die Aufnahme einer kriegerischen Außenpolitik entwickeln. Wir sind weitab von jener einst von Washington unterzeichneten Erklärung gekommen, daß wir den Krieg nicht als Werkzeug der Außenpolitik benutzen würden; Kriegsdrohung als Werkzeug der Politik durchdringt die ganze Haltung, die Amerika der Welt gegenüber bekundet. Nichts kann dem amerikanischen Volk in der Weltmeinung mehr schaden; nichts stützt so sehr die von Moskau ausgehende Propaganda; nichts umstrickt so sehr die Füße amerikanischer Diplomaten, wenn sie Formeln für eine friedliche Verständigung suchen... Kein britischer Militär, kein Franzose aus den Reihen der Armeeoffiziere, kein militärischer Sprecher irgendwo auf dem Erdenrund könnte tun, was Dutzende von amerikanischen Militärschriftstellern und -rednern tun, um die Außenpolitik tiefer und tiefer in ihren Griff zu bekommen. Kein anderes Land könnte das Schauspiel bieten, daß das Außenministerium nach einer Richtung hinsteuert, während Armee und Marine die öffentliche Meinung und die Zivilverwaltung genau in die entgegengesetzte Richtung drängen.»

Wobei freilich nicht erst, seit General Marshall im Außenministerium sitzt, die Frage gestellt werden muß, ob die zivile Leitung der amerikanischen Weltpolitik überhaupt grundsätzlich eine andere Richtung verfolgt als die Wehrmachtsleitung (und die mit ihr eng verbündete Hochfinanz und Großindustrie!), oder ob die Unterschiede nicht vielmehr bloß noch solche des Grades und des Tempos sind¹. Wir wollen die Hemmungen gewiß nicht unterschätzen, welche die verantwortliche Zivilregierung dem in jeder Hinsicht unverantwortlichen Draufgänger-tum machtberauschter Militärs anlegt. Wir wissen, daß im vergangenen Sommer Washington sofort eingegriffen hat, als die Absicht amerikanischer Militärs in Berlin ruchbar wurde, die russische Verkehrssperre mit Gewalt zu durchbrechen. Wir haben auch erst leßthin von einem Bericht der amerikanischen Landesverteidigungskommission vernommen, der feststellt, daß bereits im Frühjahr 1948 Truman und Marshall die Situation gerettet hätten, als von militärischer Seite die allgemeine Mobilmachung in den Vereinigten Staaten verlangt worden sei, weil die Russen angeblich einen Angriff auf Westeuropa vorbereiteten. Derartige Fälle mag es noch mehr gegeben haben. Aber wer und was gibt uns die Gewähr, daß sich die politisch-zivilistische Betrachtungsweise *dauernd* gegenüber der militärischen Logik durchsetzt? Was wird insbesondere geschehen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sein werden, damit gemäß dem vorhin umrissenen Plan der Militärpartei die Sowjetunion ultimativ aufgefordert werden kann, die amerikanischen Friedensbedingungen anzunehmen?

Und diese Voraussetzungen werden eines Tages erfüllt sein. An ihrer Erfüllung wird höchst planmäßig und tatkräftig gearbeitet. Die amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa wird, als ausgesprochen politisches Kampf- und Druckwerkzeug, umfassend ausgebaut². Der vor dem Ab-

¹ Für die Stärke des Einflusses der Militärführer auf die amerikanische Außenpolitik gibt der ehemalige Unterstaatssekretär Sumner Welles in der «New York Herald Tribune» (14. Dezember 1948) ein nicht uninteressantes Beispiel: «Gerade in dem Augenblick, als unsere Pariser Delegation ankündigte, sie würde den kleinen Ländern in ihrem Bemühen, eine Lösung für die Ost-West-Krise zu finden, ihre volle Mitarbeit angedeihen lassen, erklärte General Clays Berliner Militärregierung der Presse, der Versuch der Vereinten Nationen sei zum Scheitern verurteilt. Nachdem die Westmächte die von den kleineren Ländern vorgeschlagene Formel grundsätzlich angenommen hatten, und nachdem diese Formel auch von der Sowjetunion gutgeheißen worden war, erklärten die Berliner amerikanischen Militärbehörden, daß eine derartige Lösung unannehmbar sei, und verkündeten fünf weitgehende Forderungen gegenüber Moskau, von denen man früher nie etwas gehört hatte. Solange die hohen Militärs es sich erlauben dürfen, die Führung unserer Außenpolitik zu bestimmen, mag man von Amerika weiter hochtönende Versicherungen über Unterstützung der UNO hören, man wird aber sehr wenig Taten in dieser Richtung erleben.»

² Als bezeichnende Einzelheit sei vermerkt, daß im ersten Marshallplanjahr zehn Millionen Dollar für amerikanische Propaganda in den Empfangsländern ausgegeben werden sollen, wovon die «New York Herald Tribune» bereits 100 000 Dollar zugesprochen erhalten hat, besonders zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Andererseits wird zum Unterbruch der Marshallhilfe an Holländisch-

schluß stehende Atlantikpakt, ihre logische Ergänzung, soll den westeuropäischen Staaten die Sicherheit geben, daß Amerika sofort und automatisch eingreifen werde, falls sie Opfer eines Angriffs würden; für Amerika selbst aber tritt der Westbund immer mehr an die Stelle der Vereinten Nationen, die sich eben nur in ungenügendem Maß für die Organisierung des «amerikanischen Friedens» gebrauchen lassen. Gleichzeitig schicken sich die Vereinigten Staaten an, die militärischen Rüstungen der westeuropäischen Länder wie auch anderer Staaten, etwa in Form eines neuen Leih- und Pachtsystems, großzügig zu finanzieren. Ihre eigenen Kriegsrüstungen aber fördern sie mit einer Fieberhaftigkeit, die auf die Kosten überhaupt keine Rücksicht mehr nimmt. Im besonderen soll das Netz der Flotten- und Flugzeugstützpunkte rings um die Sowjetunion herum so engmaschig gestaltet werden, daß von hier aus jedes bedeutende Zentrum des mutmaßlichen Gegners von westlichen Bombern bequem erreicht werden könnte. Wie Senator Vandenberg nach einer Inspektionsreise durch die amerikanischen Stützpunkte in Europa, Nordafrika und Vorderasien sagte, dürfte die gänzliche Ausführung dieses Programms allerdings noch etwa fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Friede durch Gerechtigkeit Der amerikanische «Friedensplan», der der Sowjetunion und der nichtkapitalistischen Menschheit überhaupt eine nach amerikanischen Vorstellungen und Interessen geformte Welt- und Lebensordnung auferlegen möchte, unter Androhung oder Anwendung überlegener militärisch-wirtschaftlicher Gewalt, findet auch außerhalb der Vereinigten Staaten Anklang im westlichen Kulturkreis. Er hat aber, wie Freda Kirchwey in der Neuyorker «Nation» bemerkt, Überzeugungskraft doch nur bei denjenigen, die da glauben, «daß Rechtlichkeit und uneigennützigste Friedensliebe das unumschränkte Monopol der einen Streitpartei seien. Man kann zugeben, daß die amerikanische Regierung und, mehr versuchsweise, auch ihre westlichen Partner das tatsächlich glauben. Aber man muß gleichzeitig anerkennen, daß dieses Argument für viele andere Völker und für Millionen Menschen in allen Völkern zum mindesten ebensowenig überzeugend ist wie das gleiche Argument, wenn es von Moskau vorgebracht wird. Allgemein gesprochen wünschen die Völker der Welt in Gegenwart und Zukunft nicht einer Kriegsdrohung ausgesetzt zu sein, welche die Theorie stützen soll, daß die Westmächte allein Frieden wollen.»

Indonesien im Haag erklärt, «daß die Vereinigten Staaten mit dieser Maßnahme gerade das tun, was ihnen von der Sowjetunion immer vorgeworfen worden ist und was die Vereinigten Staaten ebenso kategorisch immer bestritten haben: Amerika benütze nämlich die Marshallhilfe dazu, einen politischen Druck auf die Empfangsländer auszuüben». Wie plötzlich doch die Wahrheit durchbrechen kann, wenn ihre Anerkennung einem selbstischen Interesse entspricht!

Der Weltfrieden, so muß man hinzufügen, ist eben heute weniger denn je etwas Negatives – die Einschüchterung kriegslüsterner Mächte – oder Konservatives – die Verteidigung der überlieferten Gesellschaftsordnung –; er hängt mehr als je von der Schaffung einer neuen, auf Gerechtigkeit aufgebauten Ordnung des Zusammenlebens von Menschen und Völkern ab, ist also tatsächlich etwas außerordentlich Positives und Revolutionäres. Aber gerade hier drohen die alten Herrenklassen aller Länder, droht vor allem das kapitalistische Amerika im Weltmaßstab zu versagen. Es ist zwar, um mit Professor Harold Laski zu reden, «keineswegs phantastisch, daß eine herrschende Klasse etwas Verächtliches und Abscheuliches in der Aufstellung neuer Grundsätze gesellschaftlicher Ordnung sieht, die für sie den Verlust einer lange genossenen Autoritätsstellung nach sich ziehen müssen. Churchill und Marshall lesen heute zweifellos die Anklagen und Forderungen Moskaus oder Belgrads ungefähr mit der gleichen Mischung von Verachtung und Gereiztheit, mit der ein römischer Provinzgouverneur die zornigen Prophetien eines christlichen Eiferers in Palästina zur Zeit der Apostel las.» Aber, so fährt Laski («The Nation», 27. November 1948) fort, man müsse auch anerkennen,

«daß der zweite Weltkrieg ebenso sehr ein Kampf zwischen feindseligen Auffassungen von den sozialen Beziehungen war wie ein Kampf um Weltherrschaft zwischen zwei rivalisierenden Mächtegruppen. Ob wir es gern haben oder nicht, der Krieg hat die Grundsätze einer neuen Gesellschaft in die Gemüter und Herzen vieler Millionen allüberall in der Welt eingesenkt. Und zweitens ist, ob wir es gern haben oder nicht, die Vorstellung von einer neuen Gesellschaft für sehr viele von ihnen, gefühlsmäßig stets und oft auch verstandesmäßig, mit der Sicherheit und dem Fortschritt Sowjetrußlands verbunden. Dieses Band zu zerreißen, wäre nur möglich, wenn die alte Gesellschaft ihre Fähigkeit bewiese, jenen vielen Millionen eine damit vergleichbare Zukunftsaussicht zu bieten... Die Aufzeigung dieses Zusammenhangs ist, wie immer, eine höchst schwierige Aufgabe. Das macht es aber für den Staatsmann und den Philosophen nur um so dringlicher, an ihre Lösung zu gehen, bevor es zu spät ist... Sie können unsere Kultur vor dem Zusammenbruch nur retten, wenn sie anerkennen, daß in einer Zeit wie der unsrigen die Einsicht der Massen in die Wirklichkeit tiefer geht als die sorgfältige und pedantische Abwägung der Lage durch die Gebildeten. Frieden zu schaffen, liegt durchaus im Bereich unserer Kraft, wenn wir nur einmal anfangen, ihn auf Grund jener unmittelbaren Einsicht zu erbauen.»

Was für ein Europa? Zu dieser Einsicht gehört es für uns Europäer vor allen Dingen – und wir haben es schon vorhin angedeutet –, daß wir uns völlig klar sind: Ein Europa, das eine Friedenskraft sein soll, kann nur *ein im Zeichen eines radikalen Sozialismus geeinigtes Europa* sein. Was jetzt so als europäische Einigungsbewegung, als europäischer Föderalismus oder wie immer es sich heißen mag, auftritt, verkennet meistens diese Wahrheit auf eine verhängnisvolle Art. Man schiebt entweder, wie Denis de Rougemont und seine Freunde, den Gegensatz Kapitalismus–Sozialismus als unwesentlich, ja irreführend beiseite, praktisch damit natürlich den Kapitalismus gelten lassend, und erklärt als den wirklichen Gegensatz denjenigen

zwischen Föderalismus und Totalismus, mit Front nicht allein gegen den Kommunismus, sondern auch gegen den Sozialismus, dem man den demokratischen Charakter abspricht. Oder man behauptet ganz offen mit Walter Lippmann: «Wenn die Sozialisten zur Macht kommen, wird ihr Sozialismus, sofern er Sozialismus bleibt, unerbittlich nationalistisch sein . . . Die politische Einigung der freien Nationen Europas ist mit dem Staatssozialismus britischer Prägung unvereinbar.» Das Ideal der Föderalisten dieser Gattung ist offenbar ein im amerikanischen Stil geeintes, geplantes und organisiertes Europa, dessen wirtschaftliche Struktur etwa diejenige eines liberalen Kapitalismus mit sozialem Einschlag wäre – eine angesichts der Vorherrschaft des Monopolkapitalismus ohnehin bereits überholte Gesellschaftsform. Dem gegenüber hat J.-M. Domenach hundertmal recht, wenn er im «Esprit» feststellt:

«Wenn man unter dem Vorgeben, den Krieg vermeiden zu wollen, die planvolle Ordnung Europas dem Kapitalismus anvertraut, werden die gleichen Kriegsursachen (wie früher) wiederum auftreten, nur einfach innerhalb weitergezogener Grenzen, und was für ein Unterschied besteht im heutigen Europa noch zwischen einem auswärtigen Krieg und einem Bürgerkrieg? Unsere Föderalisten wollen im Versagen des Völkerbundes nur einen Sieg der Nationalismen über einen blutleeren europäischen Organismus sehen. Aber Faschismus und Nazismus, die zum Kriege führten, sind Regierungsformen, die nur durch die Widersprüche und die Unfähigkeit des Nachkriegskapitalismus möglich geworden sind.

. . . Nehmen wir uns in acht: Wir stehen an einem entscheidenden Punkt der europäischen Geschichte. Der Bund der europäischen Völker, die Preisgabe der nationalen Souveränitäten, war bislang der kühnste Traum der Menschen der Linken; er trieb die Achtundvierziger um, die Kommune kämpfer, die Syndikalisten, Jaurès, Briand . . . Heute haben die Vereinigten Staaten von Europa die ganze Reaktion für sich, von General de Gaulle bis Churchill, und der europäische Kapitalismus finanziert den Föderalismus . . . Es ist ja nicht wahr, daß jeder Verzicht auf die nationalen Souveränitäten zugunsten eines vereinigten oder verbündeten Europa bereits ein Fortschritt wäre. Das Hitlersche Europa war kein Fortschritt. Europa besteht noch aus etwas anderem als aus der bloßen Zusammenzählung seiner Souveränitäten. Sein Gesicht, seine Größe, sein Elend verdankt es dem Kapitalismus, der in ihm entstanden ist und den es in alle Länder der Welt hinausgetragen hat. Es verbünden zu wollen, ohne es umzugestalten, heißt vorläufig den europäischen Kapitalismus in einem Niedergangsstadium festhalten, aus dem er sich vorläufig nur erheben könnte um den Preis eines politischen und menschlichen Rückschritts, von dem uns bereits die Faschismen eine Kostprobe gegeben haben, heißt, ein befestigtes Bollwerk im Dienste Amerikas gegen die Sowjetunion errichten.

. . . Gegen die Mehrheit der Föderalisten erstreben wir Europa in seiner Gänze. Dasjenige, das sie schaffen wollen, ist nur die eine Hälfte Europas, die innert kurzem wider die andere gestellt würde . . . Europa in der Breite, aber auch Europa in der Tiefe – das setzen wir den ‚Bollwerk‘-Sozialisten entgegen. Nur irgendwie die kapitalistischen Staaten des europäischen Westens zusammenzufassen und sie mit gemeinsamen Einrichtungen aufzuputzen, dem sagt man nicht ‚Europa schaffen‘. Laßt zuerst einmal den berühmten europäischen Humanismus zum Besitz der Völker werden! Noch nicht alle Erben haben ihr Erbteil empfangen; was wunder also, daß sie sich nicht zur Familie gehörig fühlen! Europa wird gegen den Kapitalismus geschaffen werden, durch eine tiefgreifende Umgestaltung seiner ganzen Lebensformen.»

Wollen wir das als politisches Neujahtsprogramm annehmen? Es ist jedenfalls der Boden, auf dem der sonst unheilbare und tödliche Gegen-

satz von West und Ost allein überbrückt werden kann. Es ist der Rahmen, in dem allein auch die europäische Kernfrage, die deutsche Frage, ihre Lösung zu finden vermag. Das neue Ruhrstatut, das den wirtschaftlichen Aufbau der westdeutschen Schwerindustrie unverändert läßt, ist ja nur ein sehr vorläufiges Behelfsmittel; es ist zwar viel besser als eine Regelung, die den Deutschen einfach wieder die Verfügungsgewalt über ihre frühere Waffenschmiede ließe, aber doch viel schlechter als eine Regelung, welche die Ruhr und die deutsche Wirtschaft überhaupt in ein sozialistisch organisiertes Gesamteuropa einbaute. Und die so verstandene, frei gewollte und freiwillig verwirklichte Einigung Europas wird uns schließlich auch am sichersten davor bewahren, diese Einigung in Gestalt eines autoritären Zwangssozialismus erleiden zu müssen, der dann in seiner Art der Vollstrecker einer geschichtlichen Notwendigkeit würde, die wir in unserer Art nicht zu vollstrecken vermocht hätten. Wer Ohren hat zu hören, der höre!

4. Januar,

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Wo bleibt die Opposition?

Das Jahr 1949 sieht an drei repräsentativen Stellen der Eidgenossenschaft – in den Präsidien des Bundesrates, des Ständerates und des Bundesgerichtes – zum erstenmal und dazu noch gleichzeitig Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Diese überall gebührend hervorgehobene Neuheit ist für unsere gegenwärtige Lage sicher nicht weniger bezeichnend als die Tatsache, daß im Jubiläumsjahr der liberalen Bundesverfassung Vertreter der ehemaligen klerikal-konservativen Opposition höchste Ämter in der Eidgenossenschaft bekleideten und sozusagen die Niederlage ihrer Vorfahren tonangebend mitzufeiern hatten (oder gehabt hätten...). Der sinnenfällige Aufstieg der einst verfemten und als vaterlandslos gebrandmarkten Sozialdemokratie, deren Kandidaten man, als Generalstreikführer, das erstmal um keinen Preis auch nur zum Nationalratspräsidenten hatte machen wollen, zu helvetischer Honorabilität und Regierungsfähigkeit bringt auch zweifellos Vorteile und Einflußmöglichkeiten der verschiedensten Art für die von der SPS vertretenen Bevölkerungsschichten mit sich, obwohl ihm, sehr im Unterschied zu den Erfolgen der Katholikonservativen auf diesem Gebiet, nicht von ferne eine annehmbare Vertretung der Sozialdemokratie auch in den oberen und mittleren Bundesbeamtungen entspricht. Er ist aber dennoch schmerzhaft teuer – manche meinen zu teuer – erkaufte worden damit, daß die Sozialdemokratie nunmehr endgültig aufgehört hat, Oppositionspartei zu sein, und sich, besonders rapid seit dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges, mehr und mehr zu einer unserer offiziell anerkannten «nationalen» Parteien, ja zu einer eigentlich staats- und gesellschaftserhaltenden Magistratenpartei gewandelt hat, deren Gewinnung für «die Demokratie» dem Bürgertum schon eine Messe wert war.

Wenn es für diese Wandlung noch eines Beweises bedurfte, so wäre er schlüssig dadurch erbracht worden, daß in der Dezembersession der Bundesversammlung die sozialdemokratische Nationalratsfraktion fast einmütig dem bundesrätlichen Vollmachtenbeschluß über die Verstärkung des Staatsschutzes zugestimmt hat, dieser illegitimen Frucht der Tschechenpanik vom Februar 1948, die dann durch eine Ergänzung zum ordentlichen Bundesstrafgesetz bei Zeit und Gelegenheit legitimiert werden soll. «Bemerkenswert und denkwürdig» heißt die «Neue Zürcher Zeitung» diese Haltung, zumal deutschsprachiger Kommissionsberichterstatter kein Geringerer als Friedrich